

BÜRGERFORUM Europa

Was wir von Europa erwarten, was wir einbringen

+++ 350 Bürger entwickeln ein Programm für Europa +++ Großer Auftakt in Berlin +++
Online-Diskussionen und Abstimmungen +++ Abschluss im ehemaligen Bundestag in Bonn +++



Europa in Ihren Händen

Gestalten Sie unsere gemeinsame Zukunft!

»Europa bringt uns nicht mehr zum Träumen«, hat der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker kürzlich gesagt. Er versuchte damit, die aktuelle Orientierungslosigkeit der Europäischen Union in Worte zu fassen. Und tatsächlich: Die Errungenschaften des vereinigten Europas sind für die Europäer selbstverständlich geworden, es scheint alles erreicht: offene Grenzen, eine gemeinsame Währung und, natürlich, Frieden und Freiheit.

Zweifellos ist die EU weltweit eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Dennoch hadern viele Bürger mit ihr. Welche Ziele hat sie noch, nachdem mit der Osterweiterung sogar ehe-

malige Klassenfeinde zu Mitgliedern wurden? Schützt die EU ihre Bürger? Oder treibt sie vielmehr eine Globalisierung voran, die viele als Bedrohung empfinden? Und nicht zuletzt stellt sich die Frage, wie demokratisch Europa überhaupt ist.

All diese Unsicherheiten führten dazu, dass Franzosen und Niederländer eine europäische Verfassung ablehnten. Ausgerechnet bei den Mitgründern der Europäischen Gemeinschaft war »mehr Europa« offenbar nicht vermittelbar. Auch der Vertrag von Lissabon, quasi eine Neuauflage der Verfassung, hatte keinen Erfolg: Diesmal verweigerten die Iren, die

wie kein anderes Land von der EU profitiert haben, ihre Zustimmung. Die erneute Niederlage ließ die europäische Politik ratlos zurück.

Steckt die Europäische Union also in einer Krise? Ja und nein. Wer auf die Tagespolitik blickt, findet viele Argumente dagegen. So einigten sich die EU-Mitgliedstaaten auf einen Energie- und Klimapakt. Die Europäische Kommission setzt die Regeln des Binnenmarkts selbstbewusst durch. Und die Anziehungskraft der EU auf andere Staaten ist ungebrochen. Nicht nur die Türkei steht vor der Tür, auch die Ukraine hat angeklopft.

Trotz dieser Erfolge hat die EU ein handfestes Problem: Die europäische Idee ist verblasst. Obwohl der Kontinent zusammenwächst, scheint die Politik für die Bürger weit entfernt. Brüssel bestimmt das Leben von Helsinki bis Lissabon, aber die meisten Menschen denken immer noch ausschließlich in den Grenzen ihres Landes. Und so wird die Beteiligung an der Europawahl am 7. Juni 2009 wohl gering sein.

An diesem Punkt setzt das BürgerForum Europa der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung an. Es soll unmittelbar vor der Europawahl eine öffentliche Debatte darüber anstoßen, welches Europa die Menschen wünschen und wie sie sich dafür einbringen. Dafür entwickeln 350 zufällig ausgewählte Bürger aus Deutschland ein eigenes Programm.

Und Sie können dabei sein! Wir laden Sie ein, sich an der Debatte zu beteiligen. Zu Hause im Internet sowie bei zwei Treffen in Berlin und Bonn. Diskutieren Sie etwa über die Grenzen Europas. Überlegen Sie, was in Brüssel entschieden werden sollte und was besser in den nationalen Hauptstädten. Oder gehen Sie der Frage nach, welche Rolle Europa künftig in der Welt spielen soll.

Diese Zeitung bietet Ihnen einen ersten Einblick in die Themen des BürgerForums. Auf der Rückseite erfahren Sie, wie das Forum funktioniert und wie wir Ihr Programm bei Politikern bekannt machen werden. Schließlich soll sich Ihre Arbeit lohnen. Machen Sie mit, wir freuen uns auf Sie!



Christian Kokott:

»Ich liebe Europa! Die vergangenen 50 Jahre haben uns Sicherheit und Wohlstand gebracht. Egal, ob in der Energie-, Klima-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, die drängenden Probleme lassen sich heute nicht mehr national lösen.«



Michaela Füten:

»Die meisten Bürger haben mit Europa und der EU keinen Kontakt. Für mich ist das Forum eine Chance, mehr über die EU zu erfahren, zu diskutieren und vielleicht ein kleines bisschen zu bewegen.«

Beteiligen Sie sich am BürgerForum!

Seien Sie dabei, wenn in den kommenden Monaten 350 Bürger aus allen Gruppen der Gesellschaft ein Konzept für das Europa der Zukunft entwickeln. Einige haben sich schon angemeldet. Auf diesen Seiten sagen sie, was ihnen am Herzen liegt.

Neue Heimat: Die EU-Einwanderungspolitik Seite 2

Geteilte Geschichte: Was hält die Bürger der EU zusammen? Seite 2

Weite Welt: Europas Rolle in der globalen Politik Seite 3

Großes Poster: Zwischen Pommersbude und Parlament – Was in Brüssel los ist Seite 4



Lange Debatte: Wofür die EU Geld ausgibt Seite 6

Heikles Thema: Wie (un)sozial ist das gemeinsame Europa? Seite 7

Zähes Ringen: Europa arbeitet an seiner Verfassung Seite 7

Einfache Übung: So funktioniert das BürgerForum Seite 8



www.buergerforum2009.de



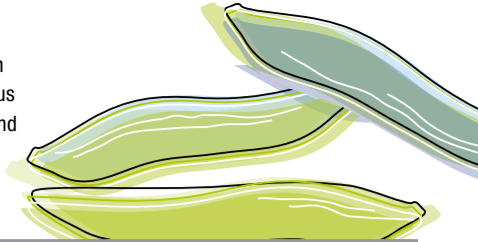
Freie Fahrt

Wer Ende der 80er Jahre mit dem Auto von Helsinki nach Portugal wollte, der musste viel Zeit an der Grenze einplanen. Heute rauscht man einfach durch – oder nimmt gleich das Flugzeug, das dank des Binnenmarkts ebenfalls deutlich billiger geworden ist.



Stimmungsbarometer

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 4. bis 7. Juni 2009 dürfen 375 Millionen Bürger aus 27 Staaten ihre Stimme abgeben. Nur in Indien sind mehr Wahlberechtigte aufgerufen, in einer allgemeinen, freien, direkten und geheimen Wahl ein Parlament zu wählen.



Kein schöner Land in dieser Zeit

Tausende verlassen täglich ihre Heimat und versuchen im Ausland ihr Glück – Flüchtlinge aus Afrika und legale Einwanderer ebenso wie EU-Bürger. Doch um eine einheitliche Migrationspolitik streitet die Europäische Union bis heute

Der Badeort Cannes an der französischen Côte d'Azur ist große Auftritte gewohnt. Jeden Mai kommen Stars aus aller Welt zum internationalen Filmfestival. In diesem Jahr folgte kurz danach ein weiterer großer Auftritt: Die EU-Innenminister trafen sich, um dringende Fragen der Union zu diskutieren: Wie wollen wir Ausländer in Zukunft empfangen? Gemeinsam und mit einem roten Teppich? Oder mit einem Flickenteppich aus unterschiedlichen Gesetzen, Regeln, Einschränkungen und Ausnahmen?

Die französische Ratspräsidentschaft strebt einen »Pakt für Migration und Asyl« an. Er wird für jedes EU-Mitgliedsland eine unverbindliche Selbstverpflichtung bleiben. Zwar ist die Einwanderungspolitik eine »gemeinschaftliche Aufgabe«. Doch die Regierungen entscheiden lieber allein. »Die Frage, »wen lassen wir in unser Land und wen



Migration hat viele Facetten. So kommt etwa der Vater von Nationalspieler Mario Gomez (l.o.) aus Spanien. Der Star ist jedoch in Deutschland aufgewachsen. Da stellen die unterschiedlichen Einbürgerungs-Regeln in den EU-Staaten kein Hindernis dar. Mit der EU-Osterweiterung hat auch die Migration innerhalb Europas zugenommen. Wie dieses Paar in Warschau, das auf den Bus nach London wartet (l.u.), nutzten in den vergangenen Jahren Hunderttausende von Mittelosteuropäern die Möglichkeit, in Großbritannien oder Irland zu arbeiten. Weitgehend aussichtslos ist die Lage für illegale Bootsflüchtlinge aus Afrika (o.r.). Spanien, Italien und Griechenland verlangen von den anderen EU-Ländern, dass sie ihnen bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme helfen. Zugleich verlassen immer mehr Europäer ihre Heimat, um im Ausland, etwa in den USA (u.r.), zu studieren und danach dort zu arbeiten.



Friedrich-Wilhelm Müller:

»Aus persönlichen Gründen interessiere ich mich für das Thema Integration. Meine Frau ist Australierin, unsere beiden Söhne haben zwei Pässe. Da weiß ich aus eigener Erfahrung, wie kompliziert es sein kann, EU-Bürger zu werden.«

nicht« berührt den Kern des Nationalstaats«, sagt Ursula Birsl, Politikwissenschaftlerin an der Technischen Universität Berlin. »Bislang ist niemand bereit, in dieser zentralen Frage seine Souveränität aufzugeben.« Qualifizierte Einwanderer sind grundsätzlich erwünscht. Nach dem Vorbild der US-Arbeitserlaubnis »Green Card« wird derzeit eine europa-blaue »Blue Card« entwickelt. Ihr Grundgedanke: Die Arbeitsmärkte der einzelnen Staaten sind zu klein, um etwa mit den USA zu konkurrieren. Und Europa ist für qualifizierte Einwanderer nur attraktiv, wenn sie in allen Staaten arbeiten können.

Aber genau daran hakt es. Die Staaten wollen weiterhin selbst entscheiden, wie viele Ausländer sie auf ihre

Arbeitsmärkte lassen. So hielt beispielsweise Deutschland nach der EU-Osterweiterung 2004 seinen Arbeitsmarkt für Polen, Ungarn und Tschechen weitgehend geschlossen. Großbritannien und Irland hingegen öffneten sie, woraufhin rund eine Million Menschen auf die Inseln strömten. Dort sind sie nicht nur in der Landwirtschaft und in der Gastronomie beliebt, sondern bringen die britische Wirtschaft auch als Ärzte, Ingenieure und Architekten voran. Inzwischen sind etwa die Hälfte von ihnen in ihre Heimat zurückgekehrt, weil sich dort die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert haben.

Viel schwieriger ist es für unqualifizierte Menschen aus Nicht-EU-Staaten, nach Europa zu kommen. In Afrika etwa sind die Lebensbe-

dingungen oft so schlecht, dass jedes Jahr Zigtausende ihr Leben riskieren und sich in überfüllten Booten über den Atlantik und das Mittelmeer nach Europa aufmachen.

Nach EU-Recht ist für Asylverfahren das Land zuständig, in denen die Einwanderer die EU betreten haben. Die griechische Regierung etwa rechnet vor, dass die Zahl der Asylanträge dort in den vergangenen vier Jahren von 45.000 auf 112.000 gestiegen sei. Damit könne das Land allein kaum fertig werden. Seit Jahren fordern die Griechen mit den Mittelmeeranrainern Spanien, Malta und Italien, dass sich die anderen EU-Länder stärker an dieser Aufgabe beteiligen. Bisher weitgehend vergeblich. Deutschland verweist etwa auf die hohe Zahl von Flücht-

lingen, die es während des Balkankriegs aufgenommen hat. Eine Einigung scheint nicht in Sicht.

Allerdings ist es nicht so, dass alle zu uns wollen. Im Gegenteil. 2007 verließen rund 160.000 Deutsche ihre Heimat, 84 Prozent von ihnen mit Hochschulabschluss. »Das ist die Crème de la Crème unserer Elite«, sagt Wirtschaftsstaatssekretär Walther Otremba. Sie gehen, weil sie in den USA oder in der Schweiz bessere Arbeitsbedingungen finden. Und das, obwohl in Deutschland rund 400.000 Fachkräfte fehlen. Andere EU-Länder haben ähnliche Probleme.

Womöglich müssen sich irgendwann wieder die Minister in Cannes treffen. Nicht, um über die Einwanderung zu diskutieren. Sondern über die Auswanderung.

Die Suche nach der gemeinsamen Identität

Auch wenn die Bürger Europas 2500 Jahre Geschichte teilen, einen gemeinsamen Markt haben und mit derselben Münze bezahlen: Kaum jemand identifiziert sich mit der EU. Mehr Europa in der Schule könnte dies ändern

Es war eine schöne Idee der Bundesbildungsministerin. Europas Schüler bräuchten ein gemeinsames Geschichtsbuch, forderte Annette Schavan vor kaum mehr als 18 Monaten. Es gehe um nichts weniger als »eine Biografie Europas, die zum besseren Verständnis unserer Herkunft beitragen könne«, begründete sie ihren Vorstoß. Für einige Wochen gab es eine lebhaft Diskussion. Lehrer und Historiker redeten sich die Köpfe heiß, die Bundeskanzlerin machte das Buch zur Chefsache. Passiert ist wenig.

Zumindest auf den ersten Blick liegt wenig näher als ein gemeinsames Geschichtsbuch für alle Schüler Europas. Immerhin blickt der Kontinent auf 2500 Jahre Geschichte zurück. Ob die griechische

Antike, die lateinische Sprache oder die großen Kaiserreiche – Grenzen spielten dabei selten eine Rolle, allenfalls wurden sie beiseite geschoben in zahllosen Kriegen.

»Überfällig« sei ein solches Buch, sagt etwa Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbands. Seit Jahren fordert sein Verband, Europas Kultur und Geschichte sowie die Errungenschaften der Europäischen Union an den Schulen intensiver zu behandeln. Es gebe sogar schon ein gemeinsames Geschichtsbuch, sagt Kraus, doch für den Unterricht in Deutschland sei es nicht zugelassen. Er beklagt eine »Selbstvergessenheit der Politik«, die Europa heute auf den Euro reduziere.

So einleuchtend die Idee eines Geschichtsbuchs für Europa ist, so

schwierig ist aber auch der Weg zu gemeinsamen Unterrichtsinhalten – gerade, wenn es um die jüngere Geschichte geht. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder die Vertreibungen von Deutschen aus Mittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg sind nur zwei Beispiele für europäische Geschichte, die von Land zu Land bis heute völlig unterschiedlich überliefert und interpretiert werden – und die ein wichtiger Teil nationaler Identitäten geworden sind. Kritiker des gemeinsamen Geschichtsbuchs warnen denn auch lautstark vor »einer Gehirnwäsche der Eurokraten«.

Da verwundert es kaum, dass sich die Bildungspolitik der EU bislang auf Austauschprogramme und eher technische Fragen wie ver-

gleichbare Hochschulabschlüsse beschränkt. Auch gibt es in Brüssel inzwischen einen milliardenschweren Fördertopf für große Forschungsprojekte, die ein einzelnes Land kaum allein bezahlen könnte.

Doch mit Europas Identität hat der Bau von Kernfusionsreaktoren nur wenig zu tun. Dabei könnte sich die Arbeit an einem gemeinsamen Geschichtsbuch wahrscheinlich auch dann lohnen, wenn sich Politiker und Historiker nicht immer einig sind. Selbst die Experten räumen ein, statt nur eine Sicht auf ein Ereignis könnten in dem Buch vielmehr mehrere Perspektiven dargestellt werden. Wenigstens würde dann wieder diskutiert und wenn nötig auch gestritten – und zwar nicht nur über Märkte und Finanzen.



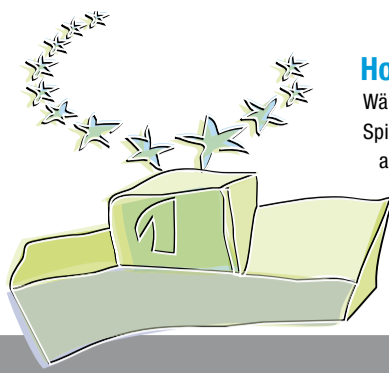
Ruth Lewon:

»Ich finde es traurig, dass wir noch immer so unterschiedliche Schulsysteme haben – in Deutschland und in Europa. An den Bedürfnissen von Familien, von denen immer Mobilität gefordert wird, geht das vorbei. Die Systeme sollten harmonisiert werden.«

Impressum © 2008 Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256 | 33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de
Verantwortlich: Dr. Dominik Hierlemann,
Bertelsmann Stiftung | Redaktion: Hannes Külz,
Berlin | Marlies Uken, Hamburg | Christian
Heydecker, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Gestaltung: A3plus, Gütersloh | KircherBurkhardt, Berlin

Ge-Gurke

Die Gurkenverordnung gilt als das Symbol Brüsseler Bürokratie. 1988 teilte die EU die Gurke nach Farbe und Krümmung in vier Klassen ein – und erntete dafür viel Spott. Nun soll die Verordnung wieder fallen, doch ausgerechnet Landwirte und Händler sind dagegen. Sie wollen klare Vorgaben.

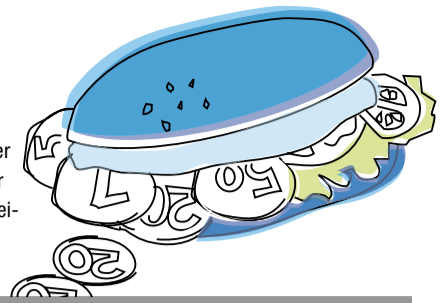


Hochleistung

Wären die EU-Mitgliedstaaten bei den Olympischen Spielen in Peking mit einer gemeinsamen Mannschaft angetreten, dann hätte die EU im Medaillenspiegel mit weitem Abstand den ersten Platz belegt. Ein EU-Team hätte sich über 87 Gold-, 101 Silber- und 92 Bronze-Medaillen freuen können. China, USA und Russland wären von der Spitze verdrängt worden.

Burger-Forum

Der Euro macht Europa zum Burger-Forum. Dank der gemeinsamen Währung lassen sich die Preise in der Eurozone leicht vergleichen. Während ein Finne für einen Big Mac 3,75 Euro bezahlen muss, kostet er in Portugal nur 2,65 Euro.



www.buergerforum2009.de

3

Europas Platz auf der Weltbühne

Die Dominanz der USA schwindet, Russland ist wieder da und China wird immer mächtiger. Soll die EU in Zukunft allein auf die »weiche Kraft« ihrer guten Argumente setzen?

Der 8. August wird in die Geschichte eingehen. Mit einer pompösen Olympia-Eröffnungsfeier demonstrierte China sein Selbstverständnis als Großmacht. Und im Kaukasus ließ Russland Panzer über die Grenze nach Georgien fahren – und unterstrich seinen Anspruch auf die Vorherrschaft in der Region.

Beide Ereignisse zeigen, dass die Welt längst nicht mehr so einfach ist, wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges schien. Es gibt nicht mehr »den Westen«, der unter dem Schirm der einzigen Supermacht, den USA, die Welt wirtschaftlich, militärisch und kulturell dominiert. Im 21. Jahrhundert werde Asien »das Schicksal der Erde gestalten«, schreibt etwa der Politologe Parag Khanna, der mit seinem Buch »Der Kampf um die Zweite Welt« Aufmerksamkeit erregt hat. Mit der

Verschiebung der Gewichte steht auch die EU vor der Frage: Welche Rolle wollen und können wir künftig auf der Weltbühne spielen? Eine Bühne, auf der es um Frieden und Klimawandel geht, um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, Armut und Unterdrückung.

Als Staatenbündnis hat es die Europäische Union natürlich schwer, als einheitlicher Akteur aufzutreten. Mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) versucht sie seit Jahren, nationale Standpunkte anzunähern. Das scheiterte während des Irak-Kriegs: Deutschland und Frankreich waren gegen einen Angriff. Briten, Spanier und Italiener kämpften mit den USA und anderen Ländern gegen das Regime Saddam Husseins. Ein tiefer Riss ging durch die EU.

Nach dem Zerwürfnis gelobten die EU-Staaten, es nie wieder soweit kommen zu lassen. Inzwischen gibt es gute Beispiele für eine gemeinsame Außenpolitik. So hat sich die EU etwa im Konflikt um das iranische Atomprogramm als Verhandlungspartner Anerkennung erworben. Die europäische Diplomatie erwies sich erfolgreicher als das Säbelrasseln der USA.

Militärisch ist die EU ohnehin wenig schlagkräftig. Zwar gibt es eine EU-Truppe, die etwa in Mazedonien, in Bosnien-Herzegowina, in der Republik Kongo und im Tschad aktiv war und ist. Doch in der Weltpolitik spielt die Truppe keine entscheidende Rolle. Dass die EU ihre Interessen militärisch durchsetzt, scheint auch künftig keine Option.

Das brachte auch den US-Strategen Robert Kagan zu seiner These:

Es sei, als kämen die pazifistischen Europäer von der Venus und die kampfgeübten Amerikaner vom Mars. Doch als Demokratien müssten sie gegen die »diktatorischen und antiwestlichen« Mächte China und Russland zusammenhalten.

Politologe Parag Khanna rät den Europäern von solch einem Schwarz-Weiß-Denken ab. Ihre Stärke liege in der moralischen und demokratischen Glaubwürdigkeit. Mit dieser »weichen Kraft«, der sogenannten Soft Power, könnten sie erfolgreich als Vermittler auftreten. Doch kann die EU so tatsächlich verhindern, dass sich andere Staaten in die Haare kriegen? Kann sie andere dazu bewegen, die Umwelt zu schonen und die Armut zu bekämpfen?

Unklar ist etwa, wie sich die EU gegenüber China verhalten soll, einem Land, das wirtschaftlich immer bedeutender wird, aber die Menschenrechte nicht achtet. Inwieweit ist die EU bereit, auf wirtschaftlichen Profit zu verzichten, um sich nicht zum Komplizen einer Diktatur zu machen? Oder sind wirtschaftliche Kontakte womöglich

das beste, um Demokratie und Frieden zu fördern?

Und die Beziehungen zu Moskau? Ist Europas Soft Power stark genug, um Russland im Zaum zu halten? Oder sollte es die EU auch ohne militärische Macht einmal auf einen Konflikt ankommen lassen, um sich Respekt zu verschaffen? Etwa, indem sie mit der Ukraine über einen Beitritt verhandelt?

Die EU ist in dieser Frage gespalten. Die Länder des ehemaligen Ostblocks sind für eine härtere Gangart gegenüber Moskau als etwa Deutschland und Frankreich. »Unsere Vorstellung von Soft Power ist tot«, sagt etwa der estnische Präsident Toomas Ilves angesichts des russischen Einmarschs in Georgien.

Dennoch zerstritt sich die EU in dieser Frage nicht. Der amtierende EU-Präsident Nicolas Sarkozy verständigte sich mit dem russischen Präsidenten im Georgien-Konflikt auf einen Sechs-Punkte-Plan. Diesen erkennt auch Toomas Ilves an: Sarkozy habe unter den gegebenen Umständen »mehr getan, als manch anderer EU-Ratspräsident getan hätte.«

Im Sommer 2007 nahm Kommissionspräsident José Manuel Barroso (ganz rechts) für die EU am G8-Gipfel in Heiligendamm teil



Reinhardt Müller-Technau:

»Europa, wo bleibst Du?

Die EU hat eine große Chance, außen- und wirtschaftspolitisch mit einer Stimme zu sprechen – etwa in der Zusammenarbeit mit Russland. Doch statt als Partner mit großem Gewicht zu agieren, tritt Europa als vielstimmiger Chor auf.«

Die steigenden Energiepreise haben die EU alarmiert

Woher beziehen die Länder der Europäischen Union ihre Energie?

In kaum einem EU-Staat kommt Öl, Gas oder Kohle in nennenswerten Mengen vor. Alle sind auf Energieimporte angewiesen – die meisten kommen aus Russland und dem Nahen Osten. Schon heute importieren die EU-Mitgliedsländer 57 Prozent ihres Gases, beim Öl liegt der Importanteil sogar bei 82 Prozent. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Importquote weiter steigen wird, wenn sich an der Energiepolitik nichts ändert.

Wie reagiert die EU auf diese Entwicklung?

Die steigenden Preise für Öl und Gas sowie die drohende Erderwärmung haben die Regierungschefs der EU alarmiert. Ziele der Energiepolitik in der Vergan-

genheit vor allem auf die Versorgungssicherheit, so hat die EU im Frühjahr 2007 einen Kurswechsel vollzogen. Sie beabsichtigt, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Auch die Abhängigkeit von Öl und Gas soll sinken. Den Anteil erneuerbarer Energien will die EU-Kommission bis 2020 von derzeit sechs auf mindestens 20 Prozent steigern.

Gibt es damit bereits eine einheitliche EU-Energiepolitik?

Nein. Zwar stehen die Ziele fest, doch jedes Land verfolgt sie bislang mit seiner eigenen Strategie. Während etwa Deutschland aus der Atomkraft aussteigen will, halten Frankreich und Großbritannien an ihr fest. Allerdings bemüht sich die EU-Kommission auch um eine Harmonisierung, etwa bei der staatlichen Förderung von erneuerbaren Energien. EU-weit gilt der Handel mit Emissionsrechten, der den CO₂-Ausstoß verringern soll. Und schließlich setzt sich die EU für mehr Wettbewerb im Strommarkt ein.

Alles eine Frage der Größe

Die EU ist beständig gewachsen. Doch wo sind ihre Grenzen? Und wann sind sie erreicht?

Die Anziehungskraft der EU ist gewaltig: 27 Staaten sind bereits Mitglied. Mit Kroatien, Mazedonien und der Türkei laufen Beitrittsverhandlungen, zahlreiche andere Länder des Balkans und Osteuropas möchten ebenfalls dabei sein.

Doch wo liegen die Grenzen der EU? Diese Frage ist eng mit den Zielen der Gemeinschaft verknüpft. Die europäische Einigung basiert auf der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs: Eine wirtschaftliche und politische Vernetzung, so die Idee, sollte den Frieden sichern. Demokratie und Menschenrechte sind dabei bis heute zentrale Anliegen. Inzwischen sind weitere Ziele hinzu gekommen. So will die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden und sich global für Entwicklung und Umweltschutz einsetzen.

Manche Ziele können allein mit Beitrittsverhandlungen erreicht werden. So brachten sie etwa in den ehemaligen Ostblock-Staaten erwünschte Reformen voran: Die Län-

der entwickelten stabile Institutionen, die heute eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung sichern. Daneben förderten die Verhandlungen den Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Doch das Wachstum stellt die EU auch vor große Herausforderungen. Könnte sie mit 30 oder mehr Ländern noch mit einer Stimme sprechen oder wären die Interessen zu unterschiedlich? Soll etwa die Ukraine aufgenommen werden, wie dies die osteuropäischen Länder fordern? Oder ist die EU außerstande, solch große Länder zu integrieren?

Auch der Beitritt der Türkei wird heftig diskutiert. Bislang besteht die EU nur aus christlich geprägten Ländern. Doch darf die Religion eine Rolle spielen? Zumal in allen EU-Ländern und in der Türkei Religionsfreiheit herrscht und Politik und Kirche getrennt sind. Oder ist die Türkei gerade wegen ihrer muslimischen Bevölkerung für die

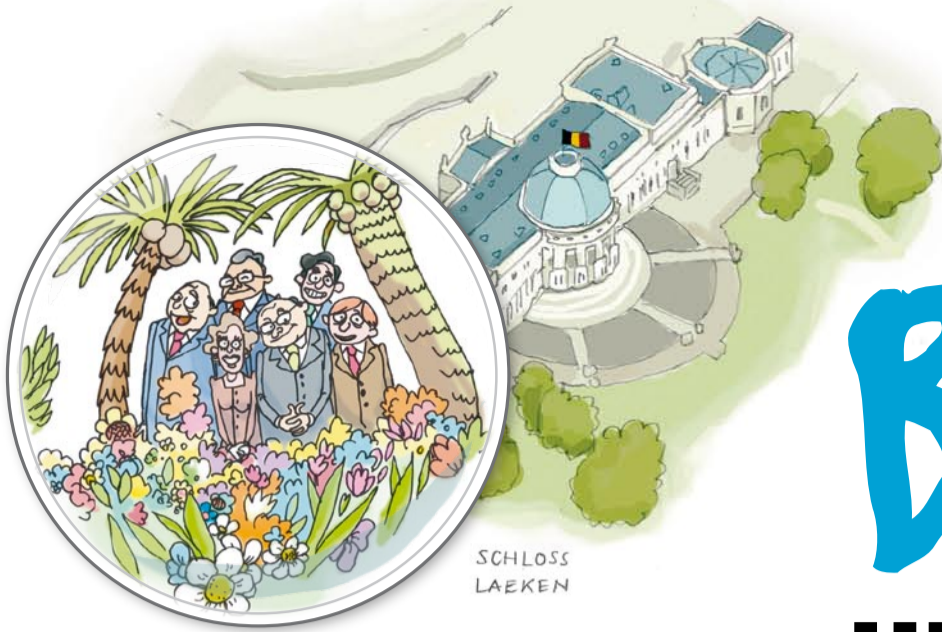
EU interessant? So könnte die Türkei in der muslimischen Welt für Demokratie werben und ein wertvoller Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sein. Hinzu kommt, dass das Land wegen seiner geografischen Lage für den Transport von Öl und Gas aus dem Kaukasus nach Europa wichtig ist.

Sollte man aber geografisch argumentieren? Dann spräche gegen die Türkei, dass sie zum Großteil in Asien liegt. Auch im Osten ist die Geografie ein kompliziertes Kriterium. Denn ihr zufolge reicht Europa bis an den Ural, über Tausend Kilometer östlich Moskaus.

Damit wäre wohl auch Russland dabei – momentan ein kaum vorstellbares Szenario. Doch die EU war schon immer eine Geschichte des Unvorstellbaren. Wer hätte etwa zu Zeiten des Kalten Krieges daran geglaubt, dass heute zahlreiche ehemalige Ostblock-Staaten und Sowjetrepubliken Mitglied der EU sein würden?

Blumige Erklärung

Am Sitz der belgischen Königsfamilie im Norden Brüssels gaben die EU-Staats- und Regierungschefs 2001 die „Erklärung von Laeken“ ab. Offenbar inspiriert durch die Pflanzenpracht der königlichen Gewächshäuser von **Schloss Laeken** machten sie ein blumiges Versprechen: Die EU sollte **demokratischer, transparenter und effizienter** werden. Doch eine Verfassung, die daraufhin entstand, lehnten die Franzosen und Niederländer ab. Eine weitere Version scheiterte an den Iren.



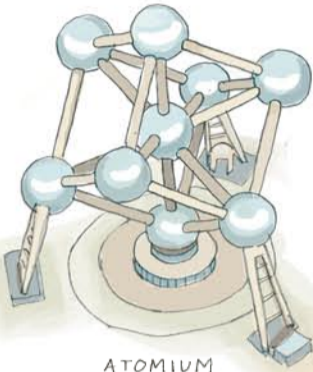
SCHLOSS LAEKEN

BRÜSSEL

unter der Lupe

Kern der Dinge

Das **Atomium** steht für die friedliche Nutzung der Atomkraft. Es wurde 1958 zur Weltausstellung gebaut – ein Jahr nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, dem Ursprung der Europäischen Union.



ATOMIUM

Fleißige Arbeiter

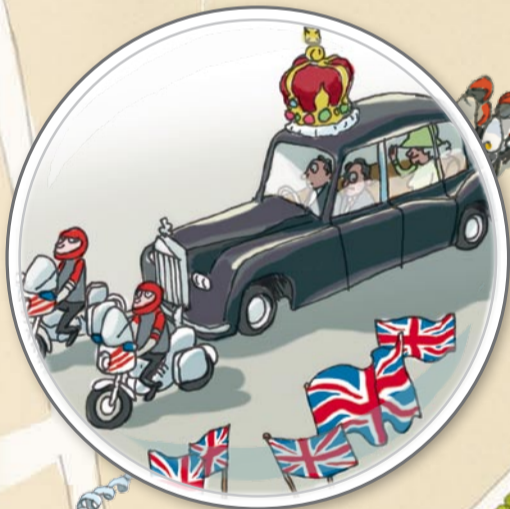
Mit seinem gotischen Rathaus aus dem 15. Jahrhundert ist der **Grand Place** für Touristen eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt. Ab und an kommen auch **Abgeordnete**, die Besuchergruppen aus ihrem Wahlkreis die Stadt zeigen. Neben ihrer Arbeit in Fachausschüssen, in der Fraktion und in Plenardebatten erklären sie den Bürgern, wie die EU funktioniert. Viele Abgeordnete arbeiten 60 bis 80 Stunden pro Woche.



GRAND PLACE

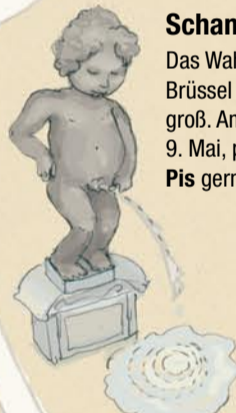
Umstrittene Sonderrolle

Großbritannien ist seit 1973 EU-Mitglied. In vielen Bereichen nehmen die Briten heute eine Sonderrolle ein: Die Untertanen der **Queen** bezahlen weiterhin mit Pfund und nicht mit Euro. An den Grenzen der Insel werden auch EU-Bürger noch kontrolliert. Umstritten ist der „**Britenrabatt**“: Premierministerin Margaret Thatcher hatte vor vielen Jahren ausgehandelt, dass Großbritannien weniger Geld an die EU zahlt als andere Länder.



Schamloser Junge

Das Wahrzeichen der Stadt Brüssel ist nur 61 Zentimeter groß. Am Europatag, dem 9. Mai, posiert das **Pis** gerne im Europaoutfit.



Politisches Camping

Internationale Politiker geben sich in Brüssel die Klinke in die Hand. Der libysche Staatschef **Muammar el-Gaddafi** bringt für seine Besuche ein Beduinenzelt aus Tripolis mit. Schützen lässt er sich von Leibwächterinnen in blauen Kampfanzügen.



Gieriges Monster

Von der Apfelnorm bis zur Traktorensitzrichtlinie – Brüssel bestimmt bei vielen Dingen mit. Mittlerweile besteht das **Bürokratiemonster** aus über 12.000 Verordnungen und Richtlinien. Pro Jahr kommen 2.500 neue dazu. Bis 2012 will die EU-Kommission viele Vorschriften streichen oder vereinfachen und damit das Bruttoinlandsprodukt der EU um 150 Milliarden Euro steigern. Seit Ende 2007 kämpft der ehemalige bayerische Ministerpräsident **Edmund Stoiber** als Leiter einer 15-köpfigen Expertengruppe gegen die Bürokratie.



Schwere Transporter

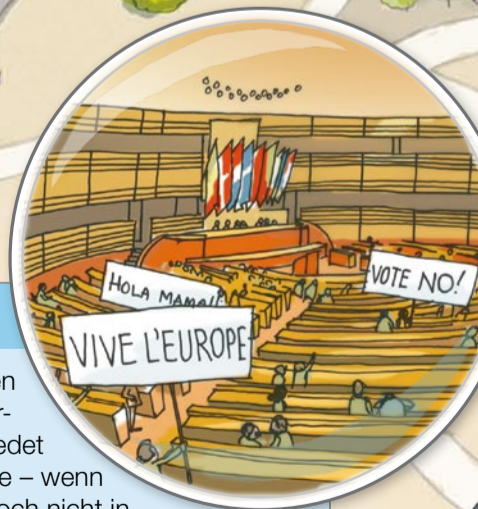
Als einzige Volksvertretung der Welt tagt das EU-Parlament an zwei Orten: in Brüssel und **Straßburg**. Rund drei Wochen im Monat verbringen die Abgeordneten in Brüssel. Nur an knapp 50 Tagen im Jahr wird das Parlament in Straßburg genutzt. Einmal im Monat transportieren etwa ein Dutzend Lastwagen die **Akten** hin und her.



Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament in Brüssel und Straßburg ist in den vergangenen drei Jahrzehnten von einem besseren Debattierclub zu einem sehr wichtigen **Entscheidungszentrum** der EU-Politik geworden. Es hat 20 Ausschüsse zu verschiedenen Themen, von der Außenpolitik bis zum Verbraucherschutz. Das Parlament kontrolliert die Europäische Kommission, muss dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu-

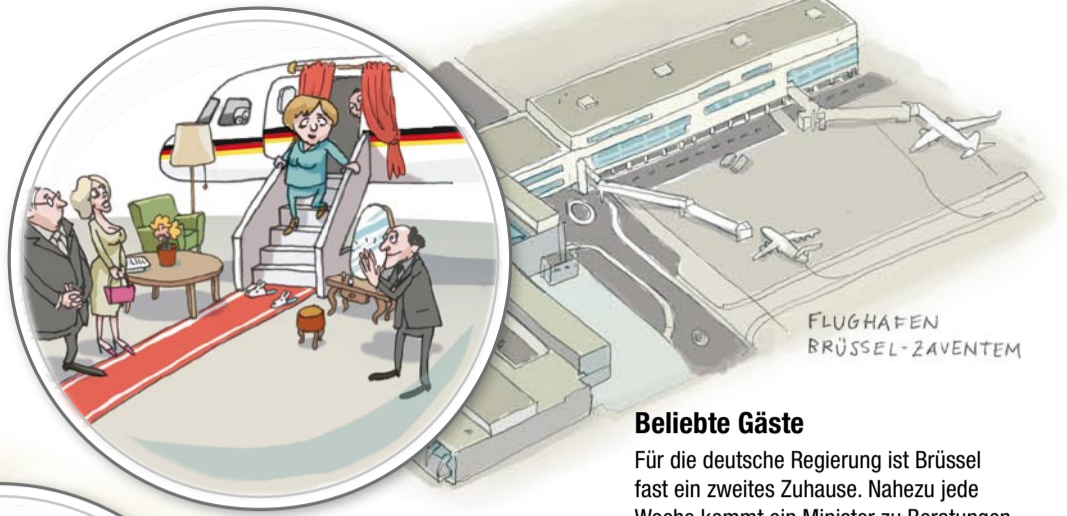
stimmen und verabschiedet Gesetze – wenn auch noch nicht in allen Politikbereichen. Dem Parlament gehören insgesamt 785 Abgeordnete an, 99 von ihnen kommen aus Deutschland. Sie werden von den Bürgern der EU-Mitgliedsländer für fünf Jahre direkt gewählt. Am **7. Juni 2009** ist es wieder soweit.





Atlantische Verteidiger

Auch das **NATO-Hauptquartier** mit 3.200 Mitarbeitern hat in Brüssel seinen Sitz. 21 Staaten der EU sind Mitglied des nordatlantischen Verteidigungs-Bündnisses. Österreich, Irland, Finnland, Schweden, Malta und Zypern gehören nicht dazu.



Beliebte Gäste

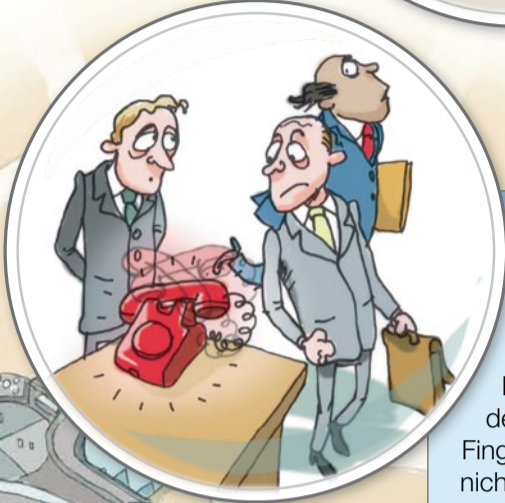
Für die deutsche Regierung ist Brüssel fast ein zweites Zuhause. Nahezu jede Woche kommt ein Minister zu Beratungen hierher. Viermal im Jahr ist auch Bundeskanzlerin **Angela Merkel** bei den Treffen des Europäischen Rats vor Ort.

Ländern.
von einem
schwierig.
viel los.

Europäische Kommission

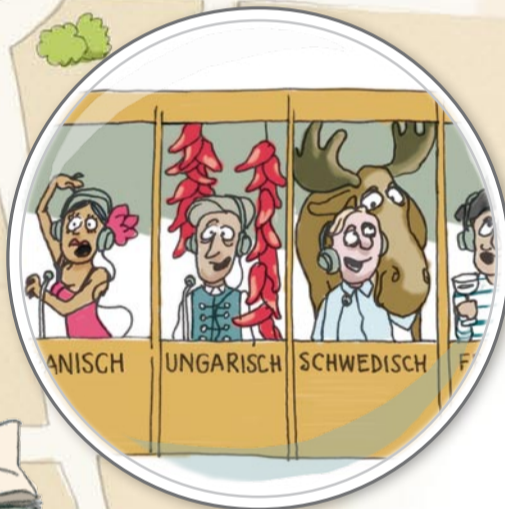
Die EU-Kommission ist die Exekutive: Sie setzt die Beschlüsse des Rats und des Parlaments um und klopft den Mitgliedsländern auf die Finger, wenn sie EU-Regelungen nicht korrekt befolgen. Die Kommission **schlägt Gesetze vor** – ein Recht, das dem Parlament nicht zusteht. Sie hat einen Präsidenten (zzt. der Portugiese José Manuel Barroso) sowie 26 Kommissare – aus jedem Mitglieds-

land einer. Sowohl der Präsident als auch der Außenkommissar vertreten die EU in der Welt. Dies tun jedoch auch der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (zzt. der Spanier Javier Solana) und der Präsident des Europäischen Rats. Insofern ist nicht immer klar, wer ans **Telefon** geht, wenn es klingelt. Die Europäische Verfassung und der Vertrag von Lissabon sollten dies vereinfachen.



Babylonisches Spektakel

Die Bürger der EU sprechen in mehr als 80 Sprachen. 23 davon sind Amtssprachen. Damit gibt es 506 mögliche Übersetzungskombinationen. Selbst die rund **1.000 Simultandolmetscher**, die bei großen Debatten im Einsatz sind, schaffen das nicht. Bei wenig verbreiteten Sprachen wie etwa Maltesisch und Estnisch dolmetschen sie zunächst in eine weit verbreitete Arbeitssprache wie Englisch. Von dieser aus wird weiter übersetzt.



Eifrige Berichterstatter

Über 1.200 akkreditierte **EU-Korrespondenten** berichten aus Brüssel – deutlich mehr als aus Moskau und Washington. Für Deutschland sind 170 Journalisten auf der Suche nach den neuesten Meldungen.



Stetige Präsenz

Mit etwa 190 Mitarbeitern vertritt die Ständige Vertretung in Brüssel die **deutschen Interessen** gegenüber der EU. Zudem repräsentiert sie die Bundesregierung in den rund 140 Ausschüssen und Arbeitsgruppen des Ministerrats.



Europäischer Rat / Ministerrat

Der Europäische Rat setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder sowie dem Kommissionspräsidenten zusammen und gibt die **Marschroute der EU** vor. Im Rat der Europäischen Union („Ministerrat“) tagen die jeweiligen Fachminister. Je nach Tagesordnung treffen sich dort beispielsweise die Außen- oder Finanzminister. Zusammen mit

dem Europäischen Parlament verabschiedet der Ministerrat die europäischen Gesetze. Alle sechs Monate übernimmt ein anderes Mitgliedsland die **Ratspräsidentschaft** und kann dann eigene Impulse setzen. Deutschland war zuletzt 2007 dran. All das darf nicht mit dem „Europarat“ verwechselt werden. Dieser ist eine ganz eigene internationale Organisation, der 47 Staaten angehören.



Märchenhafte Vertretung

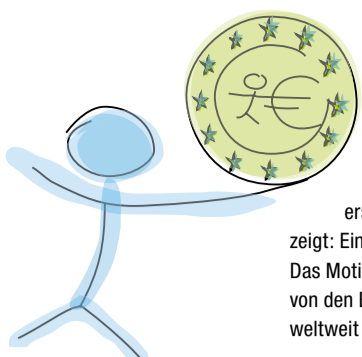
In Brüssel unterhalten rund 300 Regionen eine eigene Vertretung, um ihre Interessen durchzusetzen. Darunter sind auch die deutschen Bundesländer. Der Freistaat Bayern etwa ist seit 1987 vor Ort. Die opulente **bayerische Landesvertretung** im Europa-Viertel wird in Brüssel gern als „Schloss Neuwahnstein“ bezeichnet.



Massiver Auftritt

Die gemeinsame Agrarpolitik war eines der ersten EU-Großprojekte. Heute gibt die Union rund 45 Prozent ihres Haushalts für diesen Posten aus. Wer die Subventionen und Beihilfen kürzen will, riskiert den Protest der **europäischen Bauern**.





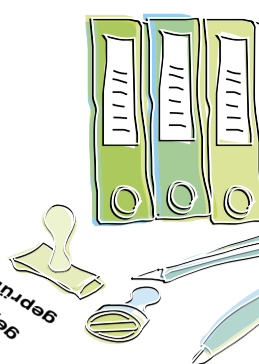
Bare Münze

Zum zehnten Geburtstag des Euro wird 2009 eine Sondermünze erscheinen, die in allen Staaten der Euro-Zone das gleiche Bild zeigt: Ein Strichmännchen, eng verbunden mit dem Euro-Symbol. Das Motiv des griechischen Bildhauers George Stamatopoulos wurde von den Bürgern der Euro-Staaten ausgewählt. Der Euro ist inzwischen weltweit ein Erfolg und macht dem US-Dollar als Leitwährung Konkurrenz.



Glücksgefühle

Europäer sind glücklich. Laut einer Umfrage bezeichnen sich 85 Prozent der EU-Bürger als »sehr glücklich« oder »ziemlich glücklich«. Nur 14 Prozent sind nicht so glücklich. Westeuropäer sind im Schnitt glücklicher als Mittel- und Osteuropäer. In Bulgarien etwa sagen nur 29 Prozent der Menschen, sie seien glücklich.



Harte Probe für die Gemeinschaft

Wenn es ums Geld geht, hört auch in der Politik die Freundschaft auf. Verbissen streiten die Regierungen um den europäischen Haushalt. Es stehen Milliarden auf dem Spiel

Alle sieben Jahre wird die Politik in Brüssel erbarmungslos. Dann ist es vorbei mit den freundlichen Gesichtern, den glamourösen Empfängen – dann geht es ums Geld. Alle sieben Jahre verhandeln die Mitgliedstaaten den EU-Haushalt. Und jeder will ein Stück vom Kuchen haben. In kleinen Gruppen sitzen die Regierungschefs dann zusammen und feilschen wie die Teppichhändler. Wer im entscheidenden Moment nicht genau aufpasst, verliert.

Für die Verteilung von über 862 Milliarden Euro von 2007 bis 2013 verhandelten die Regierungschefs vor drei Jahren bittere 30 Stunden lang. Und am Ende, müde von der Schlacht, stimmten sie überein: So kann es nicht weiter gehen. Die Jahre 2008 und 2009 sollen dazu genutzt werden, den EU-Haushalt neu zu ordnen.

Es ist die wohl schwierigste Aufgabe überhaupt, die die EU derzeit zu bewältigen hat. Denn die Frage, wofür künftig wie viel Geld ausgegeben wird, berührt die Existenz und Legitimation der Gemeinschaft. Was soll die EU sein, was will sie werden? Ein loser Zusammenschluss von Staaten, die das Interesse am freien Handel eint, oder eine politische Union mit einer Außenpolitik, ja, einer gemeinsamen Armee?



Mähdrescher ernten ein reifes Kornfeld ab. Über die Höhe der Subventionen für die europäische Landwirtschaft wird in Brüssel hart verhandelt

Bislang verteilen sich die Milliarden der EU auf zwei große Ausgabenbereiche: Subventionen für die Landwirtschaft und Strukturhilfen. Das sind vor allem Zuschüsse für wirtschaftlich schwache Länder und Regionen. Agrar- und Strukturhilfen machen über 85 Prozent des jährlichen EU-Budgets aus.

Vor allem die Agrarhilfen sorgen für Streit: Deutschland und Großbritannien würden sie lieber heute als morgen reduzieren und statt dessen Bildung und Forschung stärker fördern. Frankreich sperrt sich dagegen – kein Wunder, ist Frankreich doch einer der größten Profiteure der Agrarhilfen. Insgesamt machen die Zuschüsse für Landwirte und ihre Produkte mit 58,8 Milliarden Euro jährlich noch immer weit über 40 Prozent des Haushalts aus.

Die Einnahmen der EU sind das zweite große Streitthema. Rund zehn Prozent des Budgets stammen aus Zöllen, 90 Prozent zahlen die Mitgliedstaaten. Die Beiträge orientieren sich an der jeweiligen Wirtschaftsleistung – arme Länder zahlen weniger. In absoluten Zahlen ist Deutschland der größte EU-Finanzierer und trägt rund 20 Prozent des Haushalts. Zudem bezahlen die Deutschen jährlich über sieben Milliarden Euro mehr an Brüssel als über Subventionen zurückfließt. Dafür profitiert die exportorientierte deutsche Wirtschaft enorm vom EU-Binnenmarkt. In Zahlen lässt sich dies kaum messen.

Es verwundert nicht, dass die Nettozahler darauf dringen, das Ausgabenwachstum zu bremsen.



Josef Worum:
»Die Versorgung mit Energie ist ein wesentlicher Teil unseres Wirtschaftssystems. Europa bietet die Chance, unsere Energieversorgung zu modernisieren und nachhaltig auszurichten. Das würde unserer Umwelt und der Wirtschaft nutzen und uns unabhängiger von Energieimporten machen.«

Deutschland etwa fordert, neue Politikbereiche durch Einsparungen bei den Bauern zu finanzieren. Frankreich lehnt dies ab und fordert vielmehr, die Briten sollten auf ihren Beitragsrabatt verzichten, der ihnen jährlich über vier Milliarden Euro erspart. Bevor sie den Rabatt aufgibt, verlangt die britische Regierung in Brüssel mehr Sparsamkeit.

Es sind schwierige Details, über die gestritten wird. Einig sind sich die Regierungen hingegen in einem Punkt: Europa soll künftig in der Welt eine wichtigere Rolle spielen und als starker Akteur wahrgenommen werden. Dass auch dies Geld kosten wird, wissen alle. Woher es kommen soll, weiß bislang niemand.

Eiche massiv in London

Wie ein Möbelbauer aus Ostwestfalen vom europäischen Binnenmarkt profitiert

Dass sich etwas ändert, spürt Bernhard Hartmann Mitte der 80er Jahre. Die altdeutsche Schrankwand, seit Jahrzehnten ein Verkaufsschlager aus dem elterlichen Betrieb, steht zentnerschwer und unverkäuflich in den Geschäften. Die Hartmann Möbelwerke im ostwestfälischen Beelen rutschen in die Krise.

Bernhard Hartmann krempelt sein Unternehmen um und wirft die Schrankwand aus dem Sortiment. Geblieben ist allein die gute alte Eiche. Doch die Designmöbel aus Massivholz verkaufen sich heute nicht nur in Düsseldorf, sondern auch in London und Paris. »Heute sind nicht nur unsere Märkte internationaler«, sagt Hartmann, »sondern auch der Geschmack.«

Die Erfolgsgeschichte der ostwestfälischen Möbelindustrie ist auch eine Erfolgsgeschichte Europas, genauer des Binnenmarkts. Seit Mitte der 90er Jahre gibt es bei Reisen oder Geschäften innerhalb der EU keine Grenzen mehr. Das erleichtert nicht nur den Urlaub, es macht auch die Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen einfacher und billiger, Zölle und Grenzformalitäten gibt es nicht mehr. In wirtschaft-

licher Hinsicht gilt der Binnenmarkt neben dem Euro als größter Erfolg der EU.

Wahrscheinlich spürt jedes Unternehmen in Europa den Binnenmarkt in der ein oder anderen Form. Die Warenströme sind auf ein Vielfaches angeschwollen. Zwei Drittel aller deutschen Exporte gingen 2007 in Mitgliedstaaten der EU, Waren im Wert von mehr als 627 Milliarden Euro – dreimal mehr als 1993.

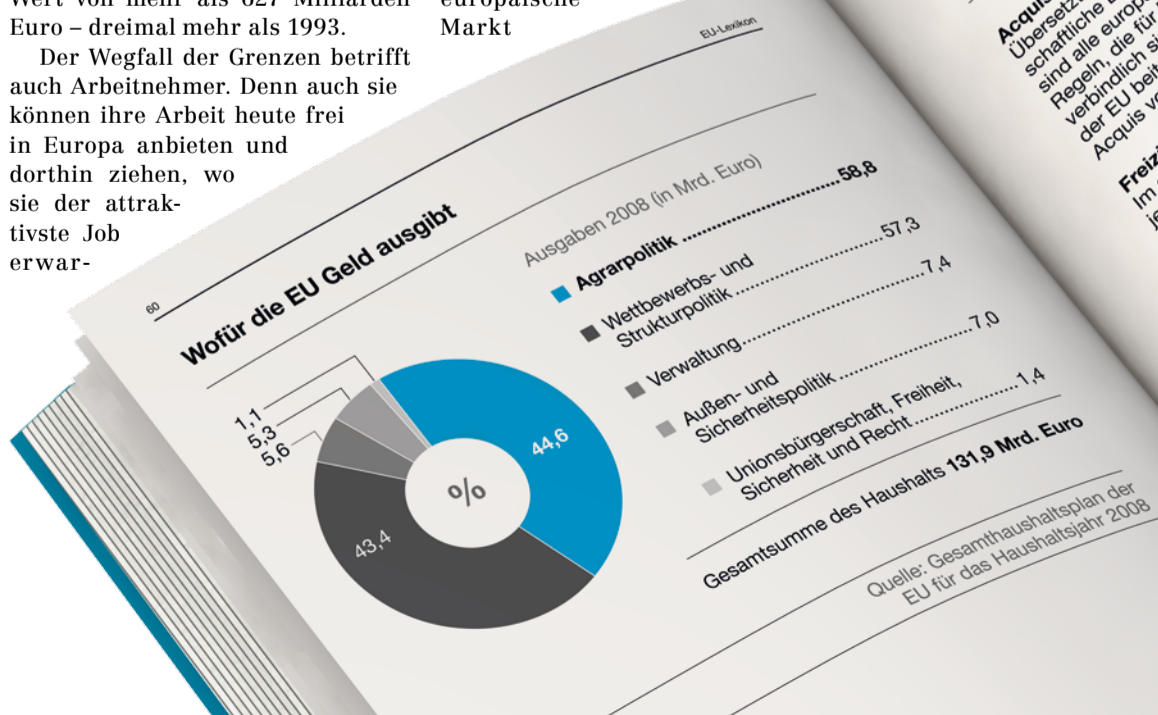
Der Wegfall der Grenzen betrifft auch Arbeitnehmer. Denn auch sie können ihre Arbeit heute frei in Europa anbieten und dorthin ziehen, wo sie der attraktivste Job erwartet.

tet. Hunderttausende Polen zogen so nach dem EU-Beitritt ihres Landes nach Großbritannien und Irland.

Wie alles, was lange gut läuft, hat aber auch der Binnenmarkt 15 Jahre nach seiner Einführung ein Problem: Es fehlt das große neue Projekt, das die Bürger wieder für die EU begeistern könnte. Dass die Kommission in Brüssel gegen marktherrschende Kartelle und zu hohe Energiepreise vorgeht, würden zwar wohl die meisten begrüßen, es wissen aber nur die wenigsten. So wurde ein großer Erfolg zu einer langweiligen Selbstverständlichkeit.

Auch für Möbelsteller Hartmann ist der europäische Markt

heute Alltag. Das Geschäft in Großbritannien und Frankreich läuft, als nächstes will er nach Russland. Auch da sitzen zahlungskräftige Kunden mit internationalem Geschmack. Zum Binnenmarkt gehört Russland zwar nicht, aber wer weiß, was noch kommt.



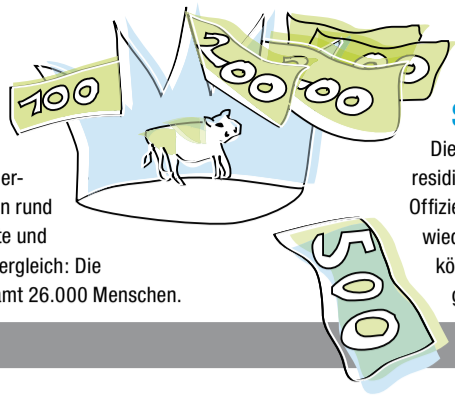
Wichtige EU-Begriffe

- Acquis communautaire**
Übersetzt bedeutet das "Gemeinschaftliche Erbgut". Das sind alle europäischen Verträge und Regeln, die für EU-Mitgliedsländer verbindlich sind. Jedes Land, das der EU beitreten möchte, muss den Acquis vollständig übernehmen.
- Freizügigkeit**
Im europäischen Binnenmarkt kann jeder EU-Bürger unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit leben und arbeiten wo er will. Für die Bürger der EU betreten möchte, muss den die Freizügigkeit noch eingeschränkt.
- Subsidiarität**
Politische Entscheidungen sollen in der EU möglichst nahe am Bürger getroffen werden. Deshalb ist die EU nur dann am Zug, wenn sich Probleme nicht auf kommunaler oder nationaler Ebene lösen lassen.
- Vier Grundfreiheiten**
Die vier Grundfreiheiten sollen den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt schaffen. Offene Grenzen bedeuten, dass sich sowohl Menschen als auch Waren, Dienstleistungen und Kapital in Europa frei bewegen können.
- Lissabon-Strategie**
Mit diesem Plan will die EU dafür sorgen, dass sie im internationalen Wettbewerb in Zukunft besser dasteht. So soll die EU bis 2010 durch Reformen in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt werden.
- Stabilitäts- und Wachstumspakt**
Damit der Euro auch langfristig eine stabile Währung bleibt, ist die Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten gegen die Auflagen begrenzt. Wenn ein Mitgliedstaat gegen die Kriterien verstößt, erhält er zunächst einen "blauen Brief" vom Ministerrat. Später droht sogar eine Geldbuße.



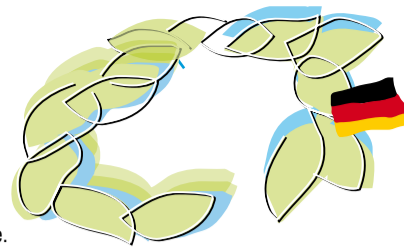
Beamtenmythos

Die Europäische Kommission zählt derzeit etwa 34.000 Mitarbeiter, davon rund 24.500 Beamte und Zeitbedienstete und 9.300 »andere Mitarbeiter«. Zum Vergleich: Die Stadt München beschäftigt insgesamt 26.000 Menschen.



Subventionskönigin

Die größten Empfänger von Agrarsubventionen residieren nicht selten in Burgen und Schlössern. Offizielle Zahlen gibt es nicht, doch wird immer wieder die britische Queen als Subventionskönigin genannt. Noch mehr Geld erhalten große Molkereien und Nahrungsmittelkonzerne.



Tüftlerolympiade

Wissenschaftler aus Deutschland liegen im Wettbewerb um die Forschungsförderung der EU ganz vorne. Zwischen 2003 und 2006 flossen über 2,2 Milliarden Euro aus Brüssel an deutsche Hochschulen und Institute.

Wie (un)sozial ist Europa?

Viele Menschen haben Angst vor der Globalisierung. Die EU will die Sorgen aufgreifen. Doch unklar ist, wie sie die Bürger schützen kann – und ob sie das überhaupt soll

Das Urteil ist eindeutig: Die Globalisierung bietet Chancen, glaubt die Mehrheit der EU-Bürger – nur nicht für sie. Die Gewinner des globalen Wettbewerbs seien große Unternehmen, die Belange der Arbeitnehmer blieben dagegen allzu oft auf der Strecke. Das ist die Meinung von immerhin 63 Prozent der EU-Bürger, wie eine Umfrage im Auftrag der Kommission im Frühjahr 2008 ergab. 43 Prozent der Befragten sehen die Globalisierung sogar als Bedrohung für den eigenen Job und die heimische Wirtschaft.

Es sind diese Zahlen, die EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Frühjahr dieses Jahres aufschreckten. Ende April lud er seine 26 Kommissare zu einer Klausur, um ein europäisches Sozialpaket zu schnüren. Die Kommission müsse »ihr Augenmerk auf die Belange der Menschen richten«, verlangte Barroso in der Einladung.

Die EU steckt in einer Vertrauenskrise. Jahrelang lief es gut für die Gemeinschaft. Der Wegfall der Grenzen, der neue Binnenmarkt, der Euro, die Osterweiterung – es gab genügend Anlässe zum Feiern. Doch mit jedem neuen Schritt zu einem größeren und liberaleren Markt wuchsen auch die Vorbehalte, vor allem in den großen und alten Mitgliedsländern, in Deutschland zum Beispiel, aber auch in Österreich, Belgien und Frankreich.

Besonders deutlich wurde der inhereuropäische Verteilungskonflikt Anfang 2008 in Bochum. Während in Rumänien noch der EU-Beitritt gefeiert wurde, zogen im Ruhrgebiet Tausende auf die Straße. Der Handyhersteller Nokia hatte gerade be-



Eine Firma, zwei Gefühle: Während Mitarbeiter des Handyherstellers Nokia in Bochum um ihren Job trauern (o.), feiert eine Nokia-Mitarbeiterin in der rumänischen Stadt Cluj mit Manager Juha Putkiranta das erste dort gefertigte Gerät (u.)

kannt gegeben, seine Produktion von Bochum ins rumänische Cluj zu verlagern. Teile des dortigen Industriegebiets, in dem sich Nokia niederlassen wollte, waren auch noch mit EU-Fördermitteln gebaut worden. Kritiker waren empört. Da konnte die Brüsseler Kommission noch so sehr beteuern, Nokia erhalte für den Umzug keine Subventionen.

Nicht zuletzt wegen der Europawahl im Juni 2009 wird die Sozialpolitik zum großen Thema. Die Sozialdemokraten im EU-Parlament verlangen etwa eine schärfere Kontrolle der Finanzmärkte und mehr Geld, um eine eigene europäische Sozialpolitik auf den Weg zu bringen. Dagegen nimmt sich die neue Sozialagenda Barrosos bescheiden aus: Die Kommission will ihren Kampf gegen die Diskriminierung noch einmal verschärfen.

Tatsächlich sind der EU-Kommission in diesen Politikbereichen enge Grenzen gesetzt. Die klassische Sozialpolitik (die Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit) ist Sache der Nationalstaaten.

Über die Strukturhilfen für wirtschaftlich schwache Regionen kann die EU immerhin die Fort- und Weiterbildung von Arbeitslosen bezuschussen. Und seit einem Jahr verfügt die Kommission über einen „Globalisierungsfonds“, der jährlich mit 500 Millionen Euro ausgestattet ist und mit dem sie EU-Bürgern unter die Arme greifen kann, die zum Beispiel aufgrund des weltweiten Wettbewerbs ihren Job verloren haben.

Zu den ersten Empfängern der EU-Hilfen zählten die Mitarbeiter der Handyhersteller BenQ und Nokia, deren Werke in Bochum und Kamp-Lintfort in den vergangenen Jahren geschlossen worden waren.

Die neuen Überweisungen aus Brüssel werfen aber auch eine Frage auf: Kann die EU überhaupt glaub-

haft mehr Schutz und Solidarität gegen die globalen Kräfte versprechen? Oder müsste sie sich nicht den gleichen Fragen und Zweifeln stellen, denen auch die nationalen Sozialsysteme seit Jahren gegenüber stehen: Wie und von wem sollen soziale Wohltaten künftig finanziert werden? Und wären die Deutschen auch bereit, für britische Arbeitslose zu bezahlen, wenn die Wirtschaft auf der Insel in eine Rezession schlittert?

Eine erste Antwort auf diese Fragen liefert übrigens die Umfrage der Kommission selbst: Wenn es ums Geld geht, vertrauen die EU-Bürger ihrer Heimatregierung noch immer mehr als Brüssel. Lediglich ein knappes Drittel der Befragten würde es demnach begrüßen, wenn die EU mehr Kompetenzen in der Sozial- und Finanzpolitik erhielte.



Lucia Lukanova:
»Die Nationalstaaten sind nicht mehr in der Lage, die großen Probleme der Globalisierung zu bewältigen. Eine der wichtigsten Fragen ist für mich, ob die EU sie meistern und die Sorgen der Menschen aufnehmen kann. Dafür braucht sie neue Beteiligungsformen für Bürger und Nichtregierungsorganisationen.«

Die zwiespältige Entwicklungspolitik aus Brüssel

Seit der Gründung schreibt sich die EU auf die Fahnen, auch die Bevölkerung in ärmeren Ländern zu unterstützen. Der Kampf gegen Armut und Hunger ist ein zentrales Anliegen. Zwar hat die EU selbst nur ein kleines Budget dafür, doch insgesamt gaben die Mitgliedsländer 2007 rund 46 Milliarden Euro für Entwicklungshilfe aus, pro Einwohner fast doppelt so viel wie die USA. Bei der Zuteilung des Geldes, das oft über Nichtregierungsorganisationen wie die Deutsche Welthungerhilfe in die Länder gelangt, spielen auch die Höhe der Militärausgaben der jeweiligen Regierung und ihr Kampf gegen Armut und Korruption eine Rolle.

Hauptziel der Bemühungen sind 79 Staaten aus den Regionen

Afrika, Karibik und Pazifik (so genannte AKP-Staaten). Sie dürfen fast alle ihre Waren zollfrei in die EU einführen. Für Reis und Zucker konnte die mächtige EU-Agrar-Lobby dies bislang jedoch verhindern.

Gerade um die Agrarpolitik der EU wird im Zuge der Entwicklungshilfe heftig gestritten. So stehen insbesondere die hohen Subventionen in der Kritik, mit denen die EU ihre Bauern und Agrarkonzerne fördert. Pro Jahr sind dies fast 59 Milliarden Euro – der wichtigste Posten im EU-Haushalt.

Mit dieser Hilfe können die Agrarkonzerne billige Lebensmittel auf die Märkte armer Länder bringen. Kritiker argumentieren, dass dies die Landwirtschaft in Entwicklungsländern behindere. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen sagt, dass der Hunger in armen Ländern nur dann effektiv bekämpft werden könne, wenn sie ihre Märkte vor billigen Importen schützen.

Europas schwierige Konstitution

Seit Jahren ringt die EU um eine Verfassung – bislang mit bescheidenem Erfolg. Hier erhalten Sie Antworten auf die wichtigsten Fragen zu dem Projekt

Wozu braucht Europa überhaupt eine Verfassung? Noch vor der ersten großen Osterweiterung der EU im Jahr 2004 von 15 auf 25 Mitgliedsländer warnten Experten: Mit den bisherigen Entscheidungsprozeduren lasse sich eine größere Gemeinschaft nicht mehr regieren. Schließlich bedeuteten mehr Länder noch größere Interessenkonflikte. Die EU brauche daher eine Verfassung mit neuen Regeln. Außerdem sollte die EU mit der Verfassung demokratischer und transparenter werden, damit sich die Bürger stärker mit der Gemeinschaft identifizieren.

Was stand im ersten Entwurf? Der so genannte »Vertrag über eine Verfassung für Europa« sah etwa einen europäischen Außenminister und mehr europäische Symbole vor – zum Beispiel eine gemeinsame Hymne. Das

Ergebnis wurde gefeiert, doch Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Das Werk sei dick, umständlich und verwirrend, monierten viele. Und tatsächlich, als Bettelkürze taugte die Verfassung kaum.

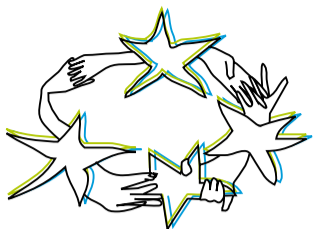
Was wurde aus der Verfassung? Im Frühjahr 2005 lehnten Franzosen und Niederländer sie in Volksabstimmungen ab. Die EU, fanden die Niederländer, sei zu teuer, zu mächtig und schlicht abgehoben. In Frankreich dagegen wuchs die Angst vor einem „unsozialen“ Europa. Nach den Niederlagen reduzierte die europäische Politik die Verfassung auf eine schlankere Version. In dem neuen Reformvertrag, der im Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet wurde, kamen beispielsweise die Hymne, die Grundrechtecharta und der europäische Außenminis-

ter nicht mehr vor. Nur Irland ließ seine Bürger im Juni 2008 über den Vertrag abstimmen – und prompt sagten die Iren Nein.

Wie geht es nun weiter? Als weitgehend ausgeschlossen gilt, dass der Vertrag komplett neu verhandelt wird. Denn die Gegensätze zwischen integrationsfreundlichen und EU-kritischen Ländern sind weiter gewachsen. Wahrscheinlicher ist daher, dass der Vertrag minimal verändert und den Iren erneut zur Abstimmung vorgelegt wird. Irland wird zugesichert, dass sich die EU etwa in Fragen der Besteuerung und des Abtreibungsrechts nicht einmischen wird. Auch weiterhin wird wohl jedes Land einen eigenen Kommissar haben. Um Europa einfacher regieren zu können, wollte die Verfassung dieses Recht eigentlich abschaffen.

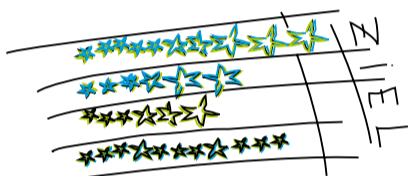
Welches Europa hätten Sie gern?

Das Europa ...



1. ... der Einigkeit

Nur gemeinsam sind die EU-Staaten stark! Deshalb streben sie in möglichst vielen Feldern eine einheitliche Politik an. Die alte Euro-pavision der Gründerväter, dass die europäischen Länder immer enger zusammenwachsen sollen, ist erhalten geblieben. Weil die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gegensätze dabei nicht zu groß sein dürfen, werden weitere (meist ärmere) Länder nur in großen Abständen aufgenommen. Bei 27 oder bald mehr Mitgliedern ist es zwar schwierig, Kompromisse zu finden. Doch alle Entscheidungen sollen gemeinsam getroffen werden. Deshalb bestimmt stets der Langsamste das Tempo.



2. ... der verschiedenen Geschwindigkeiten

Man kann niemanden zwingen! Deshalb müssen nicht alle Staaten bei allen Projekten mitmachen. Das war schon beim Euro und bei der Grenzöffnung so. Ziel ist zwar nach wie vor, einheitliche Positionen zu finden. Doch einzelne Staaten schreiten mit bestimmten Projekten voran, andere können später aufschließen. Das führt nicht zwingend zu einem festen Kerneuropa. Vielmehr konkurrieren mehrere, stets unterschiedlich zusammengesetzte Ländergruppen um die besten Ideen. Für neue Mitglieder ist das von Vorteil: Sie werden aufgenommen, ohne dass sie sich gleich an der gesamten EU-Politik beteiligen müssen. Durch die unterschiedlichen »Geschwindigkeiten« ist die EU-Politik allerdings für den Bürger recht kompliziert und unübersichtlich.



3. ... à la carte

Jeder nach seinem Geschmack! Die EU ist ein loser Staatenbund, schnell kommen neue Mitglieder hinzu. Hauptziel ist, dass der ganze Kontinent möglichst bald ein gemeinsamer Markt ist. Manche Länder arbeiten etwa in der Justiz-, in der Migrations- oder Umweltpolitik enger zusammen. Doch jedes Land kann selbst bestimmen, ob es mitmachen will oder nicht. Besonders glücklich ist Großbritannien: Endlich kann die Insel völlig frei entscheiden, welche EU-Politik für sie gut ist und welche nicht. Komplizierte Kompromisse zwischen allen Mitgliedstaaten sind nicht mehr notwendig. Nach außen tritt die EU jedoch noch weniger als in der Vergangenheit als einheitlicher Akteur auf.



Das BürgerForum wartet auf Sie

Nutzen Sie die Gelegenheit und gestalten Sie Europas Zukunft mit. Entwerfen Sie gemeinsam mit 350 anderen Bürgern aus Deutschland Ihr Konzept für Europa! Dafür werden Sie sich in den nächsten Monaten etwas Zeit nehmen müssen. Aber spannende Tage in Berlin und Bonn sowie zahlreiche interessante Diskussionen warten auf Sie. Wir, die Heinz Nixdorf Stiftung und die Bertelsmann Stiftung, sind davon überzeugt, dass sich Ihre Arbeit und Ihr Engagement lohnen.

Einladung
bis Dezember 2008

Auftakt
13./14. Februar 2009

Online-Phase
Februar – April 2009

Abschluss
25./26. April 2009

BürgerProgramm
ab Mai 2009

Machen Sie mit!

Die Einladungen sind unterwegs. 350 zufällig ausgewählte Bürger werden am BürgerForum Europa teilnehmen. Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihre Neugier geweckt haben.

In den nächsten Tagen erhalten Sie eine E-Mail mit unserem Online-Fragebogen. Mit diesem können Sie sich ganz einfach online für das BürgerForum anmelden.

Ebenfalls per E-Mail bekommen Sie Ihr Passwort für unsere Online-Plattform. Auf dieser können Sie sich über die Abläufe und Inhalte des BürgerForums informieren und jederzeit mitdiskutieren.

Fahren Sie nach Berlin!

Am 13. und 14. Februar laden wir Sie und alle anderen Teilnehmer zur offiziellen Auftaktveranstaltung des BürgerForums nach Berlin ein. Dort geht es gleich richtig los.

Unterstützt von Experten und Moderatoren beginnen Sie in Arbeitsgruppen über einzelne Themen zu diskutieren, und Sie entwickeln erste Vorschläge. Diese fließen in das BürgerProgramm ein.

Diskutieren Sie im Internet!

Nach dem Treffen in Berlin geht es von Zuhause über das Internet weiter. Während der sogenannten Online-Phase können Sie die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung diskutieren und die Vorschläge weiterentwickeln. Jeder Teilnehmer hat das gleiche Mitspracherecht. So entwickeln Sie neue Reformvorschläge und Konzepte.

Auch in der Online-Phase stehen Ihnen Experten und Politiker mit Rat und Tat zur Seite.

Kommen Sie nach Bonn!

Zum Abschluss des BürgerForums laden wir Sie noch einmal ein. Jetzt geht es nach Bonn. Im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages können Sie in die Rolle des Politikers schlüpfen.

Sie diskutieren mit allen Teilnehmern und ausgewählten Politikern Ihre Konzepte für Europas Zukunft. So entsteht abschließend das BürgerProgramm Europa.

Lassen Sie Ihre Arbeit wirken!

Das Werk ist vollbracht! Ihr Programm für Europa steht! Es wird gedruckt und veröffentlicht. In Ihrem Namen werden wir das BürgerProgramm Europa den Politikern aller Parteien in Berlin und Brüssel vorstellen.

Aber auch Sie selbst können aktiv werden: Nutzen Sie das Programm, um bei Ihnen vor Ort ins Gespräch über Europa zu kommen – mit Journalisten, Abgeordneten und Ihren Mitbürgern.

BÜRGERFORUM Europa

Was wir von Europa erwarten, was wir einbringen

Das Team des BürgerForums Europa:

obere Reihe v.l.n.r.: Sabrina Even, Isabell Hoffmann, Andreas Kleinsteuber, Christian Heydecker, Anna Wohlfarth – untere Reihe v.l.n.r.: Dominik Hierlemann, Anja Bedford, Sandra Schruf, Robert Vehrkamp, Friederike von Bernstorff, Marita Bussieweke



Haben Sie Fragen?

Wir helfen Ihnen gern, rufen Sie uns an!

Für inhaltliche und organisatorische Auskünfte erreichen Sie unser Team unter der Nummer 05241 81-81222 oder unter info@buergerforum2009.de. Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte an technik@buergerforum2009.de.